



## Immer mehr angeklagte Antifaschisten brauchen Hilfe

In den letzten Monaten berichteten wir schon mehrfach über verfolgte Antifaschisten, die die Unterstützung der RHD brauchten. Auch diesmal haben uns wieder entsprechende Nachrichten aus verschiedenen Orten erreicht. Zugleich aber erhielten wir einen Brief aus Kassel, der die große Bereitschaft der Werktätigen zur Unterstützung der Antifaschisten zeigt, auf die sich die RHD bei ihrer Arbeit stützen kann. In Kassel sind, wie wir in den letzten „Mitteilungen“ schon berichteten, drei Antifaschisten zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Einer der Verurteilten schreibt uns:

### Kassel

„In den letzten Wochen nach unserer Verurteilung konnte ich noch viele Beispiele der Solidarität erleben. Von einer Zeugin bekam ich 100 Mark zugeschickt. Eine Bekannte von mir aus Göttingen, die zufällig von dem Prozeß erfahren hatte, spendete 50 Mark, obwohl sie zur Zeit selbst arbeitslos ist. Auch unter meinen Kollegen war die Anteilnahme groß. Sie beteiligten sich fast ohne Ausnahme an der Spendensammlung und unterstützten auch die Forderung nach unserem Freispruch.“

Meine Frau besucht mit unserem zweijährigen Sohn regelmäßig einen Spielkreis, der von einer Elterninitiative veranstaltet wird. Als Unkostenbeitrag zahlt jede Familie 40 Mark im Monat. Als die anderen Mütter von meiner Verurteilung hörten, beschlossen sie einstimmig, daß dieser Beitrag uns vorläufig erlassen wird.

Kürzlich fragte mich mein Berufsschullehrer, wie es käme, daß ich bei dem ganzen Prozeß so ruhig bliebe; er an meiner Stelle würde bestimmt nicht mehr ruhig schlafen können, meinte er. Und ich muß sagen, ohne die Erfahrung der Solidarität durch so viele Menschen und ohne die Gewißheit der Unterstützung durch die Rote Hilfe Deutschlands könnte ich's vielleicht auch nicht!“

### Singen

Am 1. Mai 1978 planten die Faschisten der NPD eine Kundgebung und Demonstration in der Arbeiterstadt Singen. Um diese Provokation

zu verhindern, gründeten ca. 40 Antifaschisten ein „Komitee gegen Reaktion und Faschismus“, das zum Kampf gegen die Nazikundgebung aufrief. Diesem Aufruf folgten etwa 200 Antifaschisten, die eine Gegendemonstration durchführten.

Gleich zu Anfang kam es zu einer Rangelei. Als die 35 bis 40 Nazis losmarschierten, folgten ihnen die Antifaschisten. Bei der Überquerung einer Straße schaltete die Fußgängerampel auf Rot, woraufhin zwei der Faschisten provokativ stehenblieben und ihre Deutschlandfahnen über Kreuz hielten. Als die Antifaschisten trotz roter Verkehrsampel und Faschisten weiterliefen, fiel einer der Faschisten durch einen Faustschlag zu Boden und seine Fahnenstange zerbrach.

Bei der ersten Kundgebungsstelle der Faschisten wurde plötzlich einer der Antifaschisten, Georg Q. — er stand etwas abseits — von der Polizei zur Angabe der Personalien gezwungen. Der Faschist hatte auf Anraten des Bundesvorsitzenden der NPD Anzeige erstattet. Diese Anzeige stützt sich auf die Aussage des Faschisten und die Aussage einer Frau eines Faschisten, die nach ihren eigenen Worten hinter dem Zug der Antifaschisten herlief. Diese Anzeige ist ein ganz willkürlicher Akt, um einen Antifaschisten zu verurteilen. Das einzige, was der Faschist und die Frau wußten, war, daß einer, der bei dem Gerangel dabei war, einen hellblauen Anorak trug. Die Anklage steht

Fortsetzung Seite 2



Eine Demonstration von Antifaschisten gegen die immer offener auftretenden Neonazis

## Entlassen, verurteilt, arbeitslos — jetzt ins Gefängnis?

„Norbert ist ein Mensch, der keiner Fliege was zu Leide tun kann. Im Umgang mit jungen Menschen, mit denen er Sport treibt, ist er schon jahrelang tätig und sehr beliebt. Seine Sportkameraden kennen ihn als spaßigen, kameradschaftlichen Menschen, mit dem man durch Dick und Dünn gehen kann. Für Norbert ist der Fußball und die damit verbundene Kameradschaft alles. Für Politik hat er sich noch nie interessiert.“

So schildert ein Flugblatt den dreißigjährigen Arbeiter Norbert Benner aus Bogenheim-Roxheim. Dennoch wurde er Ende 1977 von der Firma Albert-Frankenthal-AG, bei der er fast 14 Jahre gearbeitet hatte, aus politischen Gründen entlassen und anschließend durch ein Gericht auch noch zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Presse beschimpfte ihn, er habe sich mit den Zielen und Methoden der Terroristen identifiziert. Der Staatsanwalt möchte ihn nach der Berufungsverhandlung sogar für 7 Monate ins Gefängnis stecken, wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“. Angesichts dieser Bedrohung hat sich Herr Benner mit einem Aufruf und der Bitte um Unterstützung an verschiedene Personen gewandt, unter anderem auch an

unseren Vorsitzenden Jürgen Janz.

Es war im Oktober 1977. Nach dem Tod des Herrn Schleyer lagen an der Arbeitsstelle des Kollegen Benner Fahndungsflugblätter der Polizei aus. Nachdem Herr Benner im Gespräch mit Arbeitskollegen vom Fußball über das Wetter auch auf den Fall Schleyer zu sprechen gekommen war, malte er auf eins dieser Fahndungsflugblätter vor den Namen Schleyers ein Kreuz und schrieb darauf „Kapitalistenschwein“. Aus Jux, wie er später sagte.

Drei Tage später fand das Staatsbegräbnis statt, und im Betrieb sollte eine dreiminütige Gedenkpause eingelegt werden. Als die Pause begann, fegte Norbert Benner gerade noch Metallspäne zusammen. Von einem Kollegen gefragt, warum er die Arbeit nicht einstelle, sagte Herr Benner: „Warum soll ich wegen dem aufhören, an die anderen armen Säue denkt doch auch niemand“.

Das war alles! Das reichte, um ihn, der praktisch seit seiner Schulentlassung für die Frankenthal-AG geschuftet hatte, herauszuschmeißen. Das reichte für 600 Mark Geldstrafe — ja, nach Meinung der Staatsan-

Fortsetzung Seite 2

## Singen

Fortsetzung von Seite 1

also auf recht schlechten Füßen.

Dennoch erhielt der Maschinenschlosser Georg Q. einen Strafbefehl über 1200 Mark, gegen den er Einspruch einlegte.

Der Zentralvorstand schickte der Ortsgruppe Singen, die um Rat gebeten hatte, den Entwurf einer Broschüre „Wie verhalte ich mich vor Gericht“, die zur Veröffentlichung zwar noch gründlich überarbeitet werden muß, aber doch nützliche Hinweise geben kann. Finanzielle Hilfe wurde zugesagt.

## Emsdetten

Am 20. März findet um 9 Uhr vor dem Schöffengericht Rheine, Salzbergener Str. 29 der schon angekündigte Prozeß gegen den Antifaschisten Johannes W., Emsdetten, statt. Wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung zugleich soll er verurteilt werden, weil er mit 400 anderen eine Kundgebung von Neonazis verhinderte. Ein in Emsdetten verteiltes Flugblatt ruft dazu auf, die Einheitsfront, die die Nazikundgebung verhinderte, nun auch zur Solidarität mit den Angeklagten zu bilden. Es stehen noch zwei weitere Verfahren an. Johannes W. wandte sich mit einem Brief an die RHD, in dem er schreibt: „Die Anschuldigungen, die gegen mich vorliegen, treffen nicht zu und sind unwahr... Ich bitte euch um finanzielle Unterstützung.“ Sie wurde ihm zugesagt.

### Entlassen, verurteilt, arbeitslos — jetzt ins Gefängnis?

Fortsetzung von Seite 1

wirtschaft gehört offenbar ein Arbeiter, der die staatlich verordnete Trauer um den Unternehmerpräsidenten nicht tief genug mitempfindet, sogar für 7 Monate ins Gefängnis. Seit Ende 1977 ist Norbert Benner obendrein arbeitslos und hat in der Umgebung seines Heimatortes auch keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz.

Der Zentralvorstand der RHD hat Norbert Benner die Solidarität unserer Organisation versichert und dem Brief zunächst 50 Mark Unkostenbeitrag beigelegt. Wir haben ihm außerdem geschrieben, daß wir alle Mitglieder über seinen Fall informieren werden und daß wir ihn bei finanziellen Schwierigkeiten durch Rechtsanwalts- und Gerichtskosten gegebenenfalls auch weitergehend unterstützen können.

## Die RHD unterstützt politische Gefangene

### Rüsselsheim

Am Sonntag, den 4. Februar hatte Klaus Singer seinen zweiten Besuchstag. Um 8 Uhr fuhren wir zu viert von Rüsselsheim los: der RGO-Betriebsrat Heinz Aufschläger, eine Freundin von Klaus und ihre kleine Tochter und ich. So früh? Ja, es ist vorteilhafter, weil man dann unter den wenigeren ersten Besuchern ist und vielleicht ein paar Minuten längere Sprechzeit herauschlagen kann, hatte man uns gesagt.

Um 8.45 Uhr stehen wir vor dem Gefängnis in Darmstadt-Eberstadt. Ausweise abgeben und dann heißt es zuerst mal warten. Eisig kalt ist es. Schließlich werden wir hereingelassen. Wir müssen alles abgeben, Taschen usw. Aus einem Automaten darf man eine Tafel Schokolade und eine Dose Cola ziehen. Wir holen drei Tafeln und zwei Cola. Niemand sagt etwas dagegen.

Wir sitzen in einem langen, kahlen Raum mit kleinen Tischen, fast jeder besetzt mit Gefangenen und ihrem Besuch. Es ist also doch schon fast voll. An und für sich gibt es Sprechzimmer (ohne Türen), aber die sind schon alle besetzt. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen, mindestens 20 bis 30 Leute sitzen oder stehen herum. Ein Gefängnisbeamter patrouilliert auf und ab, so daß viele Besucher nur leise mit den Gefangenen flüstern.

Wir werden schon ungeduldig. Schließlich kommt Klaus. Gefängnisluft, blauer Drillanzug, graues Hemd. Er umarmt seine Freundin und das kleine Mädchen. Die Freude ist bei uns allen groß. Das erste, was ich tue, ist, meine Armbanduhr auf den Tisch legen, die Zeit ist ja so kurz. Wir besprechen einen Haufen Kleinram. Briefe von Klaus an einige Leute sind geöffnet oder offen bei ihnen angekommen. Er bekommt den Spiegel, den er privat zugeschickt erhält, nicht mehr, weil er nicht direkt vom Verlag kommt.

Wir fragen ihn, was seine Arbeit macht. Er muß nämlich mit einer gesundheitsschädigenden, gefährlichen chemischen Verbindung — „Tri“ — Kugel-

schreiber zusammenkleben, 600 Stück am Tag, und das für 5,50 Mark Tageslohn. Klaus hat sich ausgerechnet, daß die Gefängnisverwaltung pro Kugelschreiber 25 Pfennig verdient, er selber 0,7 Pfennig. Und da hatte die Firma noch die Frechheit, ihm 1600 Kugelschreiber als fehlerhaft zurückzuschicken. Um das „Tri“ hatten wir uns schon gekümmert. Es gibt natürlich Sicherheitsbestimmungen dazu, beispielsweise muß bei ständiger Verwendung eine Absauganlage am Boden vorhanden sein. — Im Gefängnis! — Kommentar überflüssig.

Dann erzählen wir ihm von unserer politischen Arbeit. Das RGO-Zentrum in Rüsselsheim ist jetzt auf. Wir bereiten uns auf die Vertrauensleutewahlen vor. Die Freundin von Klaus erzählt von den Unverschämtheiten, denen ihre Tochter in der Schule ausgesetzt ist.

Klaus hatte mir schon geschrieben, daß er sich gerne mit mir brieflich über die Rolle von Mao-Tse-tung unterhalten möchte. Er hatte mir schon einige seiner Ansichten in dem Brief gesagt. Wir können natürlich in der Kürze nur ganz oberflächlich darüber sprechen.

Pünktlich nach einer Stunde kommt der Grüne, der Gefängnisbeamte, und fordert uns auf zu gehen. Klaus beantragt eine halbe Stunde Verlängerung. „Das geht nicht, Sie sehen doch, daß hier alles voll ist.“ Wir rühren uns nicht vom Platz, bis sich der Wärter schließlich trollt. Dann geht es auf einmal doch.

Schon bei seinem ersten Besuch hätte Klaus Verlängerung beantragen können, er wußte das nur nicht. Schikane! Über seine Rechte klärt einen im Gefängnis natürlich niemand auf. Wir erzählen ihm noch, daß sich Amnesty International bei der RHD Ortsgruppe Rüsselsheim nach seinem Fall erkundigt hat, daß wir die Urteile, seine Presseerklärung und einen Kommentar aus unserer Sicht geschickt haben. Klaus kann uns berichten, daß sich der Spiegel auf seine Presseerklärung hin an ihn gewandt hat und um Informationen gebeten hat.

Und dann ist die Zeit auch schon um. Wir wollen ihm von vielen Bekannten Grüße ausrichten. Wir können sie gar nicht alle aufzählen. Er grüßt alle Freunde und Bekannte aus dem Gefängnis.

So ein Besuch stachelt meine Wut an. Was ist das für eine absurde Situation. Eine echte Unterhaltung kann so doch gar

nicht aufkommen. Man sieht auf die Uhr, der Wärter, der immer wieder vorbeipatrouilliert, die Kriminellen und ihr Besuch, Rücken an Rücken. Mir geht nachher durch den Kopf: Wie oft habe ich mit Klaus abendlang mir den Kopf heißeredet. Aber so? Diese Hunde!

Auf dem Rückweg fängt das kleine Mädchen fast an zu weinen: „Warum muß der Klaus nur da bleiben. Warum können wir ihn nicht einfach mitnehmen?“

Wir alle wissen nach diesem Besuch noch besser: Klaus wird sich nicht unterkriegen lassen.

Richard Droege

## Aus einem Brief Klaus Singers

Lieber Jürgen!

Vor ein paar Tagen erhielt ich die Nachricht, daß ich am 12. 3. in das hiesige Freigänglerhaus verlegt werde. Damit wird jetzt mein diesbezüglicher Antrag endlich verwirklicht. Die eingetretene Verzögerung ist nach meinen Informationen darauf zurückzuführen, daß die Plätze recht knapp sind und erst gewartet werden mußte, bis dort jemand entlassen wird.

Damit habe ich also jetzt die Möglichkeit, tagsüber einem „freien Beschäftigungsverhältnis“ nachzugehen, wie es so schön heißt. Das hat natürlich große Vorteile. Einmal sieht man den Tag über einmal etwas anderes und kommt vor allem mit anderen Leuten zusammen. Das ist schon sehr wichtig. Denn irgendwelche ernsthaften Gespräche über Themen, die bei euch draußen, im normalen Leben, wichtig sind, kommen hier kaum zustande, und wenn, dann treten durch die Bank äußerst rückschrittliche bis reaktionäre Meinungen zutage.

Daß mein Antrag genehmigt wurde, liegt wohl daran, daß es wohl einige Leute hier gibt, die noch nicht (so ganz) gleichgeschaltet sind. Die Möglichkeit des Freigangs erleichtert mir zudem meine berufliche Weiterbildung sehr, denn ich kann einer Arbeit mit einem normalen Arbeitsvertrag nachgehen und somit einiges „auf die hohe Kante legen“.

So, Jürgen, das wär's erst mal wieder! Viele Grüße an alle Roten Helfer und an Dich und Deine Familie

Klaus

Schreibt Klaus Singer, JVA Darmstadt-Eberstadt, Marienburgerstr. 74, 6100 Darmstadt-Eberstadt

# Jetzt auch wieder Beitragsmarken zu 5 und 10 Mark

Liebe Mitglieder,

seit Januar geben die Kassierer die neuen Mitgliedsbücher und Beitragsmarken aus. Die neuen Beitragsmarken sehen einen einheitlichen Beitrag von 2 Mark vor, alles was darüber hinaus von den Mitgliedern regelmäßig gezahlt wurde, sollte nun als Spende abgerechnet werden. So bestimmten es die vom Zentralvorstand herausgegebenen neuen Finanzrichtlinien. Begründet wurde das damit, daß von jetzt an über die ausgegebenen Beitragsmarken genau abgerechnet werden sollte, daß die Beiträge ohne Abzug an den Zentralvorstand weitergeleitet werden müssen und daß beides zusammen zu einer wesentlichen Vereinfachung der Abrechnung und Buchführung bei den Ortsgruppen und zu einer besseren Kontrolle durch den Zentralvorstand führt. Das stimmt zwar, aber diese Begründung hat mit der Höhe der Beiträge, die auf den Beitragsmarken aufgedruckt sind, gar nichts zu tun.

Von mehreren Ortsgruppen ist deshalb der Beschluß mit dem einzig möglichen Beitrag von 2 Mark zu Recht kritisiert worden. Er war falsch und wird hiermit zurückgenommen. Ab sofort können beim Zentralvorstand Monatsbeitragsmarken zu 5 Mark und zu 10 Mark durch die Ortsleitungen bestellt werden. Beträge, die die Mitglieder über 10 Mark hinaus zahlen, müssen allerdings weiterhin als Spenden abgerechnet werden, weil wir nicht für jeden möglichen Beitrag eine Marke drucken lassen können.

Der Beschluß des Zentralvorstands hat offensichtlich zahlreiche Mitglieder vor den Kopf gestoßen. So schrieb uns der Ortsvorstand Kassel: „Einfache Rote-Hilfe-Mitglieder, die bisher wesentlich mehr zahlten im Bewußtsein, es würde eben dringend gebraucht, hatten jetzt den Eindruck, wir wollen ihr Geld gar nicht und brauchen's anscheinend auch nicht. Nur zwei oder drei werden wohl ihren bisherigen Mehrbeitrag jetzt spenden ... Falls es an anderen Orten ähnlich läuft, wäre das wohl eine mittlere Katastrophe.“

Wir möchten uns hiermit bei allen Mitgliedern, die den Eindruck gewinnen mußten, wir würden ihre bisherigen finanzi-

ellen Opfer geringschätzen, entschuldigen. So war es nicht gemeint, so darf es im Interesse der politisch Verfolgten nicht verstanden werden. Die letzte Seite unserer Zeitung berichtet seit Monaten über sehr hohe

Unterstützungszahlungen durch den Zentralvorstand und diese Tendenz hält noch immer an. Das Finanzpolster unserer Organisation, das vor einem Jahr noch sehr dick war, ist zwar auch jetzt noch ausreichend vorhanden, aber es ist innerhalb weniger Monate um ein Drittel geschmolzen.

Das liegt nicht daran, daß gerade zur Zeit besonders viele politische Prozesse stattfinden. Sondern die Rechnungen von oft einigen tausend Mark, die vielen jetzt auf den Tisch flattern, gehen auf viele Urteile von vor zwei, drei Jahren zurück, als wir zu recht von einer „Prozeßlawine“ sprachen. Die Solidaritätsbewegung, die damals vielfach die Angeklagten in ihrem Prozeß begleitete — als Beispiel seien hier nur die Routhier-Prozesse genannt — ist heute, drei Jahre später, wo die Rechnungen kommen, natürlicherweise nicht mehr so lebendig. Und darin liegt nun gerade die Stärke und die Notwendigkeit unserer Roten Hilfe Deutschlands. Daß wir nämlich durch unsere regelmäßigen Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen in gewisser Weise vom Auf und Ab der Solidaritätsbewegung an einzelnen Orten unabhängig sind. Darüber hinaus nutzen wir natürlich die an den Orten vorhandenen aktuellen Bewegungen zu verstärkten Sammlungen aus, um das Geld dann und dort auszugeben, wo es am dringenden gebraucht wird. Mit einer solchen Aufgabe wäre jede einzelne Initiative oder örtliches Solidaritätskomitee überfordert.

Es ist also gerade so, daß wir die höheren Beiträge, die eine ganze Reihe von Mitgliedern freiwillig leisten, sehr begrüßen. Ja, solange unsere Mitgliederzahl noch klein ist und auch unsere Möglichkeiten zu groß angelegten Sammlungen gering sind, sind wir geradezu auf solche Mehrbeiträge angewiesen. Wir möchten daher allen Mitgliedern, die bisher solche regelmäßig freiwilligen Opfer gebracht haben, herzlich danken. Diejenigen, die auf-

grund unseres falschen Beschlusses ihren Beitrag jetzt gesenkt haben, möchten wir bitten — selbstverständlich nach euren finanziellen Möglichkeiten — diesen Schritt noch einmal zu überdenken.

In den nächsten „Mitteilungen“ wird der Jahresfinanzbericht 1978 des Zentralvorstandes veröffentlicht werden, nachdem er durch die Zentrale Revisionskommission geprüft ist. Euer Zentralvorstand

## RHD ins Vereinsregister eingetragen

Anfang Februar dieses Jahres wurde die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS mit Sitz in Dortmund in das Vereinsregister eingetragen.

Damit kann sie, vertreten durch den Zentralvorstand oder von ihm bevollmächtigte Vertreter, als sogenannte juristische Person auftreten.

## Nachrichten aus den Ortsgruppen

### Bremen

Im Januar fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bremen statt. Der Rechenschaftsbericht des Ortsvorstands, in den Berichte der Bremer Angeklagten vom Hamburger Antifaschistenprozeß eingeflochten waren, befaßte sich hauptsächlich mit der von der Ortsgruppe geleisteten Unterstützung in diesem Fall. Schon zu Beginn des Jahres 1978 hatte die Mitgliederversammlung die Unterstützung der Antifaschisten zur Hauptaufgabe erklärt. Im Rechenschaftsbericht heißt es: „Ganz unterschiedliche Aktivitäten organisierte die Rote Hilfe zur Geldbeschaffung. Z. B. am 1. Mai brachte der Verkauf von roten Nelken, Kuchen und Saft über 220 Mark Spenden ein, Flohmärkte im Mai und September brachten zusammen fast 800 Mark, auf verschiedenen Treffs und Veranstaltungen der Front gegen Reaktion und Faschismus sammelten wir Spenden. ... Erfolgreich packten wir auch Besuche in der Nachbarschaft der drei an. Es war so, wie wir es vor einem Jahr besprochen hatten: So ein Fall in der Nachbarschaft ruft viel mehr Interesse hervor als etwas, was fernab passiert. Etwas Geld und mehrere Unterschriften sammelten wir, in den zum Teil langen Gesprächen erfuhren so die Nachbarn, wie es Antifaschisten in unserem Land ergeht. Persönliche Briefe haben Uwe, Michael und Wolf-

gang (die drei Bremer angeklagten Antifaschisten — die Red.) an die Nachbarn, Freunde und Bekannte geschickt, oft kam positive Antwort zurück. Michaels Brief haben wir auch an seine Klöckner-Kollegen verteilt.“

Im Anschluß an diesen Bericht wurde eine Rote Helferin, die sich bei all diesen Aktivitäten besonders eingesetzt hatte, mit drei Bildern von H. Daumier ausgezeichnet.

Auch in Zahlen ausgedrückt kann sich die Arbeit der RHD in Bremen sehen lassen, 41 neue Mitglieder wurden im vergangenen Jahr gewonnen! Über 11.000 Mark an Beiträgen und Spenden brachte die Ortsgruppe auf, davon 3.800 Mark für die Antifaschisten. So konnte die bisher benötigte Unterstützung für Fahrtkosten und hohe Verdienstauffälle, außerdem Rechtsanwaltskosten anderer Bremer Prozesse aus eigenen Mitteln der Ortsgruppe bereitgestellt werden.

Alles in allem können die Bremer Roten Helfer auf ein erfolgreiches Rote-Hilfe-Jahr zurückblicken. Diese Erfolge geben ihnen sicherlich auch neuen Schwung für die vor ihnen stehenden Aufgaben. Die Mitgliederversammlung klang mit einem gemütlichen Zusammensein aus.

### Lüneburg

Die Roten Helfer aus Lüneburg, die bisher von der Ortsgruppe Hamburg betreut wurden, machten sich jetzt selbstständig. Sie gründeten am 12. Januar die Ortsgruppe Lüneburg der RHD. Auf der Gründungsversammlung wurden zwei Vorsitzende und ein Finanzrevisor gewählt. Wir wünschen der neuen Ortsgruppe viel Erfolg bei ihrer Arbeit!

## Wie Beiträge und Spenden geholfen haben

### Duisburg

Maicke P. wurde bereits mehrfach von der RHD mit hohen Summen unterstützt. Jetzt schreibt sie uns: „Die Prozesse gegen mich, sind mittlerweile alle rechtskräftig abgeschlossen. Neben ziemlich hohen Geldstrafen ist auch ein Freispruch dabei. ...Die Kosten für diesen Prozeß wegen § 90 a (Verunglimpfung der verfassungsmäßigen Ordnung) wurden der Staatskasse auferlegt, die mir nun mittlerweile über meinen Rechtsanwalt 435 Mark zurückerstattet hat.

Liebe Rote Helfer! Ihr habt mich in mehreren Prozessen so gut unterstützt, dafür möchte ich mich nochmal insgesamt bedanken und das Geld aus der Staatskasse hiermit an euch weiterleiten, damit es anderen, die jetzt in finanzielle Not geraten sind, zugute kommt.

Mit solidarischen Grüßen  
Maicke P.

### Kassel

Wir berichteten in den letzten „Mittlungen“ über die Unterstützungsarbeit der Ortsgruppe Kassel für die drei dort verurteilten Antifaschisten. Inzwischen sind die ersten Rechnungen eingetroffen, und zwar von den Rechtsanwälten. Einer der Verurteilten schreibt uns: „Die Kosten sind zusammen 3024,44 Wir haben in Kassel bisher gesammelt 1039,21 Mark — für uns ein Rekordergebnis, das höchste bisher für unsere Ortsgruppe, aber natürlich viel zu wenig angesichts der noch zu erwartenden Kosten. Daher erst mal unser Antrag an Euch, zur Deckung der Anwaltskosten uns 2000 Mark aus dem Prozeßfonds zu geben. Weder ich noch J. können zur Zeit die Anwaltskosten selbst tragen. Ich mache zur Zeit eine Umschulung, meine Frau erwartet im März ihr zweites Kind und erhält nur noch bis Ende April Arbeitslosengeld. J. ist seit zwei Jahren ebenfalls arbeitslos, er war Kfz-Mechaniker. Jetzt jobt er nebenbei manchmal als Taxi-

fahrer...“

Der Zentralvorstand hat die beantragten 2000 Mark überwiesen.

### Recklinghausen

Liebe Genossen!

Ich möchte mich herzlich für Eure Unterstützung bedanken. 1975/1976 stand ich wegen einiger Flugblätter zum Fall Günter Routhier mehrmals vor Gericht. Die Urteile: 4 Monate Gefängnis mit Bewährung und Geldstrafen. Zusätzlich wurde ich noch mit Berufsverbot bestraft.

Seitdem habe ich am eigenen Leib gespürt, mit welcher Unerbittlichkeit der Staat versucht, die gesamte Existenzgrundlage seiner Gegner zu vernichten. Seine Instrumente sind Zahlungsbefehle, Geldbußen, Auforderungen zur Gehaltsrückzahlung usw., die einem noch Jahre später das Leben schwer machen.

Ihr könnt Euch denken, wie schwer es ist, diesem finanziellen Druck standzuhalten. Besonders wenn man den Lehrerberuf nicht mehr ausüben darf und gleichzeitig „vorbestraft“ ist. Dann ist es nicht leicht, beruflich wieder Fuß zu fassen.

Von Anfang an jedoch stand mir die RHD-Ortsgruppe Recklinghausen tatkräftig zur Seite. Sie organisierte Basare, veranstaltete Kegelabende usw. und hat mich so in den letzten Jahren schon mehrfach mit großen Summen Geld unterstützt. Jetzt im Januar habe ich von der Gerichtskasse eine weitere Rechnung über 2.100 Mark Prozesskosten erhalten. Diese Summe konnte meine Ortsgruppe nicht mehr aufbringen, ich erhielt sie aber von der Zentrale der RHD. Ich selbst hätte nicht gewußt, wo ich das Geld hernehmen soll.

Nochmals vielen Dank für Eure Solidarität.

Ulrich G.

### Duisburg

Liebe Rote Helfer!

1977 wurde ich zu einer Geldstrafe von 886 Mark wegen Beleidigung der Duisburger Polizei verurteilt. Die Duisburger Polizei fühlte sich u. a. beleidigt durch ein Flugblatt der Roten Hilfe mit der Überschrift „Die Falschen stehen vor Gericht“, in dem stand, wie der Genosse Günter Routhier zu Tode gekommen ist.

Da ich mit meiner Familie (3 Kinder) von der Arbeitslosen- und Sozialhilfe lebe, hatte ich immer Schwierigkeiten, meine

bewilligten Raten von 25 Mark monatlich zu zahlen. Bis zum Ende letzten Jahres wurde ich von Duisburger Roten Helfern unterstützt, bei denen ich mich an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bedanken möchte. Vielen Dank auch an den Zentralvorstand der RHD, der mich in diesem Jahr mit einem größeren Geldbetrag unterstützt hat.

Mit solidarischen Grüßen  
Matthias Bock, Duisburg

### Moers

In diesem Monat stand der erste von sechs Moerser Antifaschisten vor Gericht, angeklagt wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Er wurde zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt, obwohl kein Zeuge von der Polizei ihn belasten konnte.

Warum sollen die Moerser Antifaschisten verurteilt werden? Am 18. März im letzten Jahr wollten die Neonazis in Moers eine Kundgebung abhalten. Aber 100 Antifaschisten, vor allem Jugendliche, hatten den Platz besetzt. Die Neonazis sahen sich gezwungen, ihre Sachen wieder einzupacken. Als ihnen noch Farberier hinterherflogen, hetzte die Polizei Hunde auf die Demonstranten und nahm nach einer wilden Schlägerei sechs Antifaschisten fest. Sie bekamen Anzeigen wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Wie hat die Rote Hilfe die Angeklagten bis jetzt unterstützt? In Moers selbst gibt es noch keine eigene Ortsgruppe, deshalb haben wir „Nachbarn“ von der Duisburger Ortsgruppe um die Angeklagten gekümmert. Da die meisten Angeklagten Jugendliche sind, ist die finanzielle Unterstützung von besonderer Bedeutung. Durch die Abgabe von Kuchen, Getränken und gegrillten Würstchen gegen Spenden bei einem Solidaritäts-Fußballtur-

nier, durch einen Flohmarkt und eine Sammlung auf einer Solidaritätsveranstaltung von der Moerser Front gegen Reaktion und Faschismus haben wir bis jetzt ca. 400 Mark zusammenbekommen. Das langt natürlich auf keinen Fall und wir werden versuchen, noch mehr Geld zu sammeln.

## Spendenliste

Im Januar gingen folgende Spenden beim Zentralvorstand ein:

### 1. Spenden ohne besondere Zweckangabe

OG Hamburg	120,50
OG Köln	349,26
OG Bremen	259,02
OG Wiesbaden	33,40
OG Kempten	212,00
R. D. Sch., Witten	150,00
OG Recklinghausen	25,00
OG Buxtehude	19,00
OG Heilbronn	7,50

### 2. Für verfolgte Antifaschisten:

OG Würzburg	96,42
OG Kempten	32,00
OG Köln	23,00
OG Heilbronn	20,00

### Für die Hamburger Antifaschisten:

OG Saarbrücken	40,00
OG Buxtehude	170,00
OG Bielefeld	350,00

### 3. Sonstige zweckgebundene Spenden:

Für den Prozeßfonds:	
OG Augsburg	2,00
OG Duisburg	36,00

Für politische Gefangene:	
Rote Helfer aus Emsdetten	106,00

Summe aller Spenden im Januar	2051,10
-------------------------------	---------

Allen Spendern herzlichen Dank!

Insgesamt hat der Zentralvorstand im Februar 1979 8.700 Mark zur Unterstützung politisch Verfolgter ausgezahlt. Allen Antragstellern konnte dank eurer Beiträge und Spenden geholfen werden.

## ROTE HILFE DEUTSCHLANDS e.V.

### ZENTRALVORSTAND

Jürgen Janz (1. Vorsitzender), Eislebenerstr. 8, 4630 Bochum 7, Tel.: 0234 / 29 05 46

### SPENDENKONTO

Rote Hilfe Deutschlands e.V. PSchA Dortmund, Kto.-Nr. 19 11 00 — 462

Die  
**ROTE HILFE**

Herausgeber: Zentralvorstand der RHD. Verantwortliche Redakteurin: Gudrun Kahlke. Eigendruck im Selbstverlag.